

WISA

vorwärts für Sachsen-Anhalt

Fortschrittsprogramm der SPD

Der Landesverband Sachsen-Anhalt bezieht Stellung

Von Arne Lietz

„Für einen neuen Fortschritt und mehr Demokratie: Sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch vernünftig.“ war der Arbeitstitel des Fortschrittsprogrammwerfs, den der SPD-Parteivorstand zur Jahresauftaktklausur im Januar 2011 vorgelegt hatte. Der Entwurf wurde an alle Landesverbände zur Weiterleitung an die Mitglieder versandt. Er sollte in den Zukunftswerkstätten und in den Gliederungen der SPD beraten und auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 verabschiedet werden.

Parallel zum Fortschrittsprogramm hat der Parteivorstand Beschlüsse zu verschiedenen Themenfeldern gefasst: „Mehr Demokratie leben“, „Die Bürgerversicherung - solidarisch, gerecht und leistungsfähig“, „Familie und Beruf partnerschaftlich besser vereinbaren“, „Neue Energie – Die Energiewende in Deutschland“, „Solide Finanzen: Wir denken an morgen!“. Wie aktuell zu erfahren war, hat sich der Parteivorstand dazu entschieden, diese Beschlüsse als Leitanträge für den Bundesparteitag nun separat einzubringen und das Fortschrittsprogramm nicht weiter aufzurufen. Das kam überraschend, soll aber der inhaltlichen Debatte keinen Abbruch tun.

Das Fortschrittsprogramm war nicht als Ersatz für das Hamburger Programm oder als „Steinbruch“ für das Wahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl gedacht. Es sollte eine inhaltliche Debatte innerhalb der Partei anzuregen, wie Fortschritt aus sozialdemokratischer Sicht in der heutigen Zeit definiert werden soll und welche Handlungsschritte sich daraus ableiten. Dies ist Teil einer kontinuierlichen, inhaltlichen Arbeit, die einer Programmpartei immer geboten ist. Themen wie die europäische Finanzstruktur, Neuausrichtung in der Energiepolitik oder die wachsende Bedeutung des Internets gewinnen schnell an Fahrt. Sie müssen in und von unserer Partei politisch und strategisch aufgenommen und angegangen werden. Nur so haben wir eine Chance, im Gegensatz zu den thematisch fixierten kleineren Parteien als Volkspartei wahrgenommen zu werden und in der Breite der vielen Politikfelder aktuelle, zukunftsorientierte Politikangebote zu machen.

Im Schwung der breiten programmatischen Arbeit durch die Parteibasis zum Landtagswahlprogramm verlief die Diskussion zum Fortschrittsprogramm in Sachsen-Anhalt. Mit Unterstützung des SPD-Landesverbandes haben Wolfgang Eichler, Arne Lietz und Ulrich Stockmann die Vorlage des Parteivorstands aufgegriffen und ein erstes Diskussionspapier entwickelt. Parallel dazu haben die Fachausschüsse Energie, Bauen und Wohnen sowie die AG 60 Plus und einzelne Parteimitglieder Vorschläge erarbeitet, die kontinuierlich in das Landespapier eingearbeitet wurden.

Das Papier wurde in verschiedenen Orts- und Kreisverbänden intensiv diskutiert. Nach Aussage des Willy-Brandt-Hauses haben sich nur wenige SPD-Landesverbände so aktiv mit dem Fortschrittsprogramm auseinandergesetzt wie wir in Sachsen-Anhalt. Das Landespapier nimmt inhaltlich zu 31 Punkten Stellung, darunter auch einige, die im Fortschrittsprogramm nicht berücksichtigt wurden. Das Endergebnis wird als Antrag des Landesverbandes für den Bundesparteitag eingebracht. Es ist zu hoffen, dass diese Unterpunkte jetzt den jeweiligen Leitanträgen zugeordnet werden.

So wurde in der Präambel die Geschichte der Ost-SPD ergänzt. Schließlich ist nicht nur die Zwangsvereinigung ein wichtiges, wenn auch tragisches, Kapitel sozialdemokratischer Geschichte, sondern der Vorstoß der 1989 zunächst als SDP gegründeten Partei stellte den Machtanspruch der SED als erste neue politische Partei in der Friedlichen Revolution komplett in Frage.

Aus dem Hamburger Grundsatzprogramm wurde die Begrifflichkeit des Demokratischen Sozialismus als politisches Selbstverständnis der SPD übernommen. Dem waren Diskussionen in Redaktionsteam vorausgegangen. Arne Lietz hat Vorbehalte gegenüber diesem Begriff, auch wenn für ihn die damit in Verbindung gebrachten Inhalte unstrittig sind. Das Redaktionsteam empfindet es als lohnenswert, diesen Begriff in Abgrenzung zu einer anderen Partei, die diesen Begriff einst im Parteinamen trug, inhaltlich zu reflektieren.

Sowohl im Redaktionsteam als auch auf allen Veranstaltungen wurde vielfach festgestellt, dass es unerlässlich ist, das Thema Internet aufzugreifen. Schließlich hat es vielfältigen Einflüssen auf alle Lebensbereiche und damit die verschiedensten Politikfeldern.

Ergänzende Punkte finden sich zudem zu den Themenfeldern Mindeststandards der Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit im Alter und Rentenentwicklung. Fortschritt in der Alterssicherung bedeutet für uns, ein einheitliches, zukunftsfestes Rentenrecht durchzusetzen. Dabei geht es darum, eine Lösung zu erarbeiten, die die Interessen der Beitragszahler und Rentner in West und Ost gleichermaßen wahr. Die SPD mit ihren Grundwerten Gerechtigkeit und Solidarität muss der Motor einer öffentlichen Gerechtigkeitsdebatte sein, in der sowohl materielle Verhältnisse als auch die emotionale Seite von Betroffenen berücksichtigt werden. Insbesondere darf niemand durch ein neues Rentenrecht materiell schlechter gestellt werden. (...)

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn die größte Leistung einer Bundeskanzlerin in zwei Jahren Regierung darin besteht, in einer wichtigen Abstimmung des Deutschen Bundestages die eigene Mehrheit zusammenzukratzen, hat sie sich das Prädikat „ungeeignet“ redlich verdient. In jedem Arbeitszeugnis würde stehen: sie hat sich redlich bemüht! Doch redlich bemühen ist in einer Situation, in der mit dem Euro und der EU die institutionellen Grundlagen für Frieden und Wohlstand in Europa auf dem Spiel stehen, nicht einmal annähernd genug. Die Deutschen und die Europäer haben Besseres verdient als Orientierungslosigkeit und Dilettantismus in der größten Volkswirtschaft des Kontinents.

In der Sache ist es richtig, dass die SPD dem Rettungsschirm zugestimmt hat, auch wenn sich das Leiden der Ära des Merkelinismus dadurch unnötig verlängert. Der Erhalt der EU als politische und wirtschaftliche Einheit ist alternativlos in einer globalisierten Welt, die andernfalls von Amerika und China hoffnungslos dominiert würde. Für Schwarz-Gelb gilt das nicht. Der von vielen Christdemokraten herbeigesehnte Rettungsschirm Große Koalition ist keine Alternative, denn das Desaster dieser Bundesregierung ist nicht nur ein Scheitern von Westerwelles FDP, sondern auch ein Versagen von Merkels CDU. Tote Pferde kann man nicht reiten und wackelnde Kanzlerinnen hält kein Rettungsschirm. Wenn Merkel fällt, kann es nur eines geben: Neuwahlen!

Eure

Katrin Budde

Der Rote Faden

von Oliver Draber

„Mehr Demokratie leben“, lautet der Titel eines Papiers, das im März vom Parteivorstand beschlossen wurde. Es wird auf dem Bundesparteitag im Dezember zur Abstimmung gestellt. Es ist gut, dass sich die SPD mit dem Verhältnis der bewährten parlamentarischen Demokratie und den viel geforderten Elementen der direkten Demokratie befasst.

Herausgekommen ist ein wirklich guter Beschluss. Neben einer klaren Formulierung für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksgesetzgebung auf Bundesebene enthält er einige sehr spannende grundsätzliche Ausführungen zur direkten Demokratie.

In einer Zeit, in der die oberflächliche Debatte in Talk-Shows zunehmend den intensiven Diskurs in Parteien und Parlamenten ersetzt, in einer Zeit, in der die „Wutbürger“ und Bürgerinitiativen die im Grundgesetz verankerte Rolle der Parteien zunehmend in Frage stellen, in dieser Zeit ist es folgerichtig, dass wir uns als Sozialdemokratie intensiv mit demokratischen Instrumenten und den Abläufen im Parlamentarismus befassen.

Ein ganz zentraler Punkt ist für mich die Aussage, dass die direkte Demokratie nicht demokratischer ist als die parlamentarische Demokratie! Beide sind gleichwertig und schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Unser Auftrag ist es, die ergänzenden Elemente der direkten Demokratie mit der Arbeit der Parlamente zu verzahnen.

Aus dieser öffentlichen Debatte um direkte Demokratie ergibt sich auch für uns als Landespartei ein doppelter Auftrag. Zum ersten werden wir in den kommenden Monaten diskutieren müssen, wie wir die Instrumente der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und im Land fortentwickeln wollen. Der Landesvorstand hat in seiner Klausur im September begonnen, das Thema aufzuarbeiten. Ein kleiner Startschuss für eine Diskussion auf allen Ebenen der Partei, auf die wir uns freuen.

Zum zweiten enthält die Parteireform mit der beabsichtigten Öffnung der Partei auch die Ausweitung der Mitgliederentscheide. Der Landesvorstand wird eine Satzungsänderung zum Landesparteitag einbringen, die über die Regelung der Bundespartei hinausgeht. Wir wollen den Mitgliederentscheid auch als reine Briefwahlabstimmung ermöglichen und damit ein nutzbares direktdemokratisches Instrument schaffen. Gleichzeitig senken wir die Hürden für die Herbeiführung solcher Entscheide.

Lasst uns mehr Demokratie leben, es wird uns gut tun!

Oliver Draber

Impressum:

V.i.S.d.P.: Oliver Draber
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle, Redaktion WiSA,
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Revanche auf dem Wasser

SPD-Fraktion duelliert sich mit Koalitionspartner beim 21. Städtächter



SPD oder CDU – Wer schlägt wen? Das war eine der spannendsten Fragen bei 21. Städtächter am 11. September am Kanal von Hohenwarthe. Das Rennen zwischen den Achtern der beiden sachsen-anhaltischen Ruderhochburgen Magdeburg und Halle hat eine lange Tradition. Seit 20 Jahren messen die besten Ruderer der beiden Städte ihre Kräfte auf der Regattastrecke. Dabei hat das prestigeträchtige Duell schon viele spannenden Rennen erlebt. Darunter auch die verschiedenen Prominentenachter, in denen Vertreter aus Wirtschaft, Regierung und öffentlichem Leben die Riemen kreuzten.

Im letzten Jahr hatte der Städtächter mit einer Premiere aufgewartet. Erstmals saßen sich die Landtagsfraktionen von CDU und SPD in den Booten gegenüber. Die SPD-Fraktion unterlag damals knapp. In diesem Jahr forderte sie den Koalitionspartner daher zur Revanche heraus. „Es hat uns schon gewurmt, dass wir letztes Jahr verloren haben“, warf die Katrin Budde, Vorsitzende der SPD-Landtags-

fraktion den Fehdehandschuh in den Ring. Die Zuschauerinnen und Zuschauer sahen ein spannendes und knappes Rennen. „Es gab in beiden Booten keine Fahrfehler“, sagte Falko Grube, Fraktionssprecher und einer der Männer an den Riemen. „Man sieht also, wie ernsthaft sich die Teams vorbereitet haben.“ Dennoch hatten am Ende die Schwarzen in einem Fotofinish die Nase vorn. Fraktionschefin und Steuerfrau Katrin Budde gratulierte zwar – ganz Sportgeist – den Gewinnern, aber „trotzdem schmerzt die Niederlage.“ Die SPD hofft auf eine Revanche im nächsten Jahr und wird sich wohl noch besser vorbereiten. Der Kampfesmut ist nicht versiegt. „Wir haben beschlossen, im nächsten Jahr mit mehr Frauenpower anzutreten“, so Katrin Budde. „Wir werden die Frauen der CDU in einem reinen Damenrennen herausfordern.“ Man hört, dass auch die Damen der CDU wild entschlossen sind. Der 22. Städtächter kann also kommen. Man darf gespannt sein. ■

Das neue Gesicht des Ostens

AG 60 plus wählt Norwin Dorn in den Bundesvorstand



Die Arbeitsgemeinschaft 60 Plus der SPD hat ein neues Gesicht aus dem Osten. Beim 9. ordentlichen Bundeskongress der AG vom 31. August bis zum 1. September 2011 wurde Norwin

Dorn aus Sachsen-Anhalt in den Bundesvorstand der SPD-Seniorinnen und Senioren gewählt. Der Hallenser, der gleichzeitig auch die sachsen-anhaltische AG60plus leitet, erhielt 109 von 253 abgegebenen Stimmen.

„Gerade wir Älteren, die noch den 2. Weltkrieg mit Heimatverlust, Not und Hunger erlebt haben, können heute mit unserer Lebenserfahrung einen Beitrag zu Solidarität und sozialer Gerechtigkeit leisten“, sagte er in seiner Bewerbungsrede. Er verwies zudem auf die speziellen Erfahrungen der ostdeutschen Genossinnen und Genossen mit dem Leben in der zweiten deutschen Diktatur und der friedlichen Revolution. Dorn mahnte eine breite Aufstellung des Bundesvorstandes an. „Das Wahlergebnis werte ich als

Anerkennung auch kleiner Landesverbände in der Bundespartei“, sagte er nach dem Wahlgang.

Neue Vorsitzende wurde mit 156 von 253 Stimmen Angelika Graf. Als Stellvertreter wurden Ruth Brand und Peter Schöbel gewählt. Die neuen Beisitzer des Vorstands sind neben Norwin Dorn Lothar Binding, Heidemarie Fischer, Reinhold Hemker, Gesche Peters und Jürgen Rischar. Die ausscheidende Vorsitzende Erika Drecoll wurde zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Hiermit verbanden die Delegierten die Hoffnung, dass Erika Drecoll dem Vorstand und der AG 60 Plus noch weiter mit ihrer Erfahrung zur Seite steht.

Während des Kongresses, der unter dem Motto „Gut und sicher leben“ stand, hatte auch der alte und neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, zu den Delegierten gesprochen. In seiner Rede machte er klar, dass ihm die Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben als auch an den Entscheidungsprozessen in der SPD besonders wichtig ist, eine Haltung die für die ganze SPD gilt. ■

Fortsetzung von Seite 1:

(...) In Bildungsfragen benennt das Papier Visionen für sozialdemokratische Bildungspolitik. Dazu gehören mittel- und langfristig der Hochschulabschluss für PädagogInnen im vorschulischen Bereich sowie die einheitliche Bezahlung und der gleiche Status von LehrerInnen in allen Bundesländern. Das soll verhindern, dass gute Fachkräfte aus den neuen Bundesländern nicht durch bessere Angebote abgeworben werden. Ein weiterer Punkt ist die Aufhebung des „Kooperationsverbot“ in Bildungsfragen im Grundgesetz. Es soll dahingehend abgeändert werden, dass dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung ermöglicht werden, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. Der Kultusminister Stephan Dorgerloh unterstützt diese Forderung. In einem zunehmenden europäischen Bildungsraum müssen wenigstens auf nationaler Ebene durch einheitliche Leistungs- und Qualifizierungsstandards Umzüge bzw. Ausbildungs- und Studienaufnahmen in anderen Bundesländern möglich sein.

Durch die Expertise von Ulrich Stockmann sind insbesondere europäische Infrastrukturthemen wie die Bedeutung von Masterplänen für Häfen und Flughäfen, die Thematik der Megatrend Regionen aber auch dem notwendigen Entgegenreten der Renationalisierungsentwicklungen in das Papier aufgenommen worden. Bei Interesse können bei der Landesgeschäftsstelle der Antrag aus Sachsen-Anhalt, aber auch alle Ergänzungsvorschläge in voller Länge angefordert werden. ■

Chaos weicht Vorfreude

SPD-Bürgerbüro in Bad Dürrenberg eröffnet



Einige Wochen lang war in der Salinepassage in Bad Dürrenberg getüftelt, geschraubt und sortiert worden. Berge an Kartons waren bezwungen, Regale aufgebaut, Technik organisiert und eingerichtet worden. Dann endlich waren Chaos und die Anspannung einer gewissen Vorfreude gewichen und endlich konnte der Landtagsabgeordneter Patrick Wanzek am 13. Juli offiziell sein Bürgerbüro einweihen.

Ab 10.00 Uhr öffneten sich erstmals die Türen des Büros in der

gut frequentierten Einkaufspassage von Bad Dürrenberg. Den ganzen Tag über gaben sich zahlreiche Gäste aus der regionalen Politik, Vereinen und Verbänden die Klinke in die Hand. Der Zuspruch war durchweg sehr positiv. „Besonders habe ich mich über die vielen neugierigen Blicke der Bürgerinnen und Bürger gefreut“, sagte eine zufriedener Patrick Wanzek. „Alle haben mit Interesse den Umbau im Büro verfolgt. Damit ist die SPD seit vielen Jahren auch wieder in Bad Dür-

renberg optisch wahrnehmbar.“ Das Büro bietet viele kleine und große Highlights und Neuerungen. Den neuen Landtagsabgeordneten kam es bei der Konzipierung vor allem darauf an, mit dem Bürgerbüro nicht nur eine „Dienststube“ zu schaffen, sondern auch ein Platz, an dem man sich wohlfühlt und natürlich auch weiterer Anlaufpunkt für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist. Neben einer kleinen Kaffee-Ecke wird es dazu eine ständig wechselnde Kunstausstellung geben. Wer also Zeit und Lust hat, ist bei Patrick Wanzek und seinem Team ein gern gesehener Gast.



Matthias Bernstein ■

Terminankündigungen

02. September 2011 – Im Ramada-Hotel Magdeburg findet ab 18 Uhr eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Parteireform“ statt. Als Gast wird die Generalsekretärin Andrea Nahles erwartet.

03. September 2011 – Der OV Wittenberg führt an diesem seine traditionelle Bootsfahrt durch. Abgelegt wird 14:30 Uhr am Elbanleger Wittenberg.

10. September 2011 – Der LFA Energie führt eine Exkursion zur MIBRAG nach Profen durch. Treffpunkt ist 10 Uhr. ■

Wir begrüßen als neue Mitglieder der SPD in Sachsen-Anhalt...

Mesut Akman, Halle
 Bettina Bartels-Meyer-Bockenamp, Magdeburg
 Heinz-Jürgen Friedrich, Zerbst
 Jan Hofmann, Magdeburg
 Daniel Hübner, Magdeburg
 Harald Junker, Dessau-Roßlau
 Michael Rosenberger, Magdeburg
 Michael Rubbel, Hohe Börde
 Sven Rudloff, Schönebeck
 Silwia Schröter, Halle
 Mike Stannebein, Magdeburg
 Reiner Taubert, Magdeburg
 Peter-Ulrich Wendt, Magdeburg
 Susan Worch, Halberstadt

Das Salzland sagt Danke !



Man geht niemals so ganz, ist ein Sprichwort, dass auch auf ein Urgestein der sachsen-anhaltischen Sozialdemokratie zutrifft. Und so war das Sommerfest des SPD-Ortsvereins Egelner Mulde der richtige Rahmen, Dank an Manfred Püchel zu sagen. Püchel war nach 21 Jahren im Landtag im März nicht noch einmal zur Wahl angetreten.

„Wir wollten dem ehemaligen Landesvorsitzenden der SPD Sachsen-Anhalt und dem ehemaligen Innenminister in unserer Runde für seine Tätigkeit auf Landesebene danken“, sagte Markus Bauer, Vorsitzender des Kreisverbandes Salzlandkreis. Er hob vor allem Manfred

Püchels Arbeit für die SPD in der Region in den Anfangsjahren hervor. „Manfred ist außerdem für viele Bürgerinnen und Bürger eine Person, die noch heute große Akzeptanz und Anerkennung genießt“, fügte Bauers Stellvertreter Tobias Münch an.

Man merkt, dass es dem Kreisverband nach 21 Jahren Püchel'scher Mitgliedschaft im Landtag nicht so leicht fällt, auf diese wichtige Stimme im Parlament zu verzichten. „Manfred wird auch weiterhin mit seinem Rat und seiner Erfahrung zur Verfügung stehen“, sind sich Bauer und Münch sicher. Man geht eben niemals so ganz. ■

„BLAUES BAND unter Roter Flagge“ SPD-Elbewochenende in der Lutherstadt Wittenberg



Was hat die Farbe Blau im politischen Farbenspiel mit der SPD zu tun? Viel, wenn es nach der Sozialdemokratie in der Lutherstadt Wittenberg geht. Sie hatte zur alljährlichen Sommerveranstaltung der SPD in der Lutherstadt Anfang September alle SPD-Ortsvereine von der Nordsee bis zur Tschechischen Grenze eingeladen. Neben einer Delegation der Elbestadt Schönebeck kamen Sozialdemokraten aus Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin, Trier und aus Brandenburg nach Wittenberg. Das Wochenende stand natürlich unter dem Motto „BLAUES BAND unter roter Flagge“.

„Die Elbe spielt in allen Landesteilen eine herausragende Rolle für die Identitätsbildung, der Wirtschaft, dem Tourismus, der Stadtplanung, dem Umweltschutz sowie

der Erholung und ist damit Gegenstand vieler politischer Entscheidungen vom Ortsverein bis zur Bundesebene“, erklärte Arne Lietz, Wittenberger Ortsvereinsvorsitzender. „Das Blaue Band der Elbe durchzieht unser Land von Süd nach Nord und teilte es einst in Ost und West. Damit eignet sich dieses Format hervorragend, über diese Ebene miteinander ins Gespräch zu kommen.“, ergänzt die Landtagsabgeordnete Corinna Reinecke. Den Wochenendauftritt machte am Freitag der Wittenberger Friedrich Schorlemmer. Vor dem Hintergrund des diesjährigen bundesweiten Lutherdekadenthemas „Reformation und Freiheit“ hielt er unter der Überschrift des Zitates von Willy Brandt „links und frei“ einen sehr engagierten und brillanten Vortrag. Als bekennender Christ und Sozi-

Halle feiert CSD



10 Jahre Lebenspartnerschaft bildete das Motto des CSD in Halle (Saale). Seit 2001 können sich homosexuelle Paare für die eingetragene Lebenspartnerschaft entscheiden. Die Gleichstellung von Lesben und Schwulen ist dem Rechtsinstitut der rot-grünen Regierungsjahre ein gutes Stück vorangekommen. Doch es gibt noch einiges zu tun. So war der CSD in Halle nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern auch Zeit des Mahnens. Angela Kolb, Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt sowie Kabinettskollege und Sozialminister Norbert Bischoff setzten ein Zeichen für Toleranz und Gleichstellung in Sachsen-Anhalt uns übernahmen die Eröffnung des CSD in Halle (Saale). In ihrer Ansprache betonten beide, dass Homosexualität etwas „gänzlich Normales“ ist und wünschten sich diese Ansicht auch in der breiten Bevölkerung. Dazu gehöre aber auch die weitere rechtliche Gleichstellung etwa durch eine Ergänzung des Artikels 3 GG um das Merkmal der sexuellen Identität.

Diese Forderung wird auch von den Akteuren des CSD getragen. Die Gleichstellung im Einkommensteuerrecht gehört ebenso dazu wie der Abbau von Diskriminierung in der Arbeitswelt. Während der Podiumsdiskussion zur eingetragenen Lebenspartnerschaft thematisierten die Diskutanten auch das fehlende Adoptionsrecht. Bisher ist es eingetragenen Paaren unmöglich, gemeinsam ein Kind zu adoptieren. „Die Schwusos Sachsen-Anhalt enga-



gieren sich bereits seit einigen Jahren für die Rechte von Lesben und Schwulen“, erklärt der Landesvorsitzende Christian Weinert. „Die Erweiterung von Art.3 GG, die Gleichstellung im Einkommensteuerrecht und auch das Recht zur gemeinsamen Adoption eines Kindes sind zentrale Forderungen an die Bundesebene.“

Neben der rechtlichen Gleichstellung gilt es auch für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu werben. Aus diesem Grund setzen sich die Schwusos etwa für eine Erweiterung des Bildungsprogramms „Bildung elementar“. Zukünftig soll in den Kindertagesstätten auch für die Gleichstellung von Frau und Mann als auch eine individuell gelebte sexuelle Identität geworben werden.

Sarah Schulze ■

aldemokrat deutete er die Entwicklung des Freiheitsbegriffes in der Ideen- und Politikgeschichte und leitete daraus ab, wie die Freiheit und die mit ihr einhergehenden Verantwortung heute in Beziehung gesetzt werden sollten. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer mit Friedrich über den Vortrag und über die Dimensionen der Freiheitsbewegungen in Nordafrika.

Der Sonnabend begann mit einer Stadtführung des Sozialdemokraten Bernhard Naumann, der im historischen Gewand mit viel Witz und Charme durch die Stadt führte. Zu Beginn der Elbefahrt informierte der Bundestagsabgeordnete Burkhard Lischka über die Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Elbe. So gab es einige Wochen zuvor dazu eine Veranstaltung in Magdeburg. Der Tag wurde bei einem bei gegrilltem Schwein und einem großen Fass Bier beschlossen – natürlich direkt am Fluss.

Am Sonntag gab es noch einige Besucher, die an dem besonderen Format der Kanzelreden-Gottesdienste in der Stadtkirche teilnahmen und spätestens nach einem letzten gemeinsamen Kaffee wieder in alle Himmelsrichtungen aufbrachen. Der Austausch zwischen den Teilnehmer

quer des ehemaligen Grenzverlaufes, war interessant und bereichernd. Mitte September des kommenden Jahres sind erneut alle Interessierten eingeladen, das Blaue Band erneut unter Roter Flagge zu erleben. Wir sollten uns alle bis dahin Mühe geben, dass Die Piraten entlang der Elbe keine bedeutenden Potentiale entwickeln.

Arne Lietz ■

Terminankündigungen

12. Oktober 2011 – Im Ernst-Reuter-Haus, Magdeburg, findet ab 17 Uhr die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) statt, bei der ein neuer Landesvorstand gewählt wird.

14. Oktober 2011 – Ab 10 Uhr tagt der SPD-Gewerkschaftsrat im Ernst-Reuter-Haus, Magdeburg.

29. Oktober 2011 – Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) führt ab 10 Uhr im Ernst-Reuter-Haus ihre turnusmäßige Landesdelegiertenkonferenz durch, bei der u.a. ein neuer Landesvorstand gewählt wird. ■